

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 166 (2000)
Heft: 4

Vereinsnachrichten: Die Seite des SOG-Zentralvorstandes

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sicherheitspolitik und Nachrichtendienst



Mitte Februar veröffentlichte die Studienkommission unter Leitung von alt Botschafter Edouard Brunner ihren Bericht zur UG Nachrichtendienst (SUN). Er bildet eine wertvolle Fortsetzung zum Bericht 2000, verdeutlicht er doch einige dort zu wenig scharf formulierte Aussagen. Wir denken dabei insbesondere an die alte Erkenntnis, dass Sicherheitspolitik eine Querschnittsaufgabe ist, der die heutige Departementsstruktur zuwiderläuft.

«Gefahren verschwinden nicht, wenn man sie ignoriert» (SUN, S. 3)

Die Kommission, der u.a. Vertreter aller Bundesratsparteien, der Diplomatie und der Wissenschaft angehörten, erlag keineswegs der Versuchung, mit dem von einigen Medien propagierten Zeitgeist zu heulen und die Abschaffung des Nachrichtendienstes zu fordern. Im Gegenteil, der einstimmig verabschiedete Bericht unterstreicht – nach einer schonungslosen Analyse der Schwachstellen – die Legitimation eines professionellen Nachrichtendienstes gerade für den international weniger integrierten Kleinstaat Schweiz. Will der Bundesrat seine Führungsverantwortung wahrnehmen, braucht er zuverlässige und zeitgerechte nachrichtendienstliche Erkenntnisse aus allen sicherheitspolitischen Bereichen. Leider verkennt der Bundesrat dieses Bedürfnis selbst. Zu wenig nutzt er die Informationen des strategischen Nachrichtendienstes (wie seinerzeit die mittlerweile abgeschaffte Lagekonferenz). Die wachsende Schar persönlicher Berater taugt nicht als Ersatz! Damit hängt ein wichtiges sicherheitspolitisches Instrument in der Luft. Ohne Aufträge und Rückmeldungen von der verantwortlichen Stelle läuft ein solcher Dienst Gefahr, einem unreflektierten Eigenleben zu verfallen, wie die SUN feststellt. Die SOG empfahl schon 1998 in der Vernehmlassung zum 1. Bericht Brunner, der Bundesrat möge von den ihm zur Verfügung stehenden nachrichtendienstlichen Instrumenten besseren Gebrauch machen und ihre Koordination vorantreiben.

Unterstellung, Struktur, Kontrolle

Der Bericht der SUN bestätigt das im Sicherheitspolitischen Bericht 2000 vorgezeichnete Bild, das die Abnahme der militärischen Bedrohungen schildert. Dies hat der strategische Nachrichtendienst längst erkannt, er befasst sich lagegerecht immer weniger mit militärischen Sachverhalten, womit seine Unterstellung unter den Generalstab an Sinn verliert. Die Kommission empfiehlt, den Strategischen Nachrichtendienst direkt dem Chef VBS zu unterstellen, betrachtet diese Lösung allerdings als provisorisch. Die SOG hat wiederholt an-

gemahnt, die strategische Führung sei in ein Präsidialdepartement einzuordnen. Dorthin und somit unter zivile Leitung mit hohem Prestige gehört ein umfassender Nachrichtendienst. Voraussetzung dafür wäre allerdings die vom Bundesrat immer wieder verzögerte Regierungsreform. Die Meinung der SOG deckt sich mit derjenigen der SUN, welche daran erinnert, dass die Informationen der verschiedenen Nachrichtendienste ein integrierendes Ganzes bilden und die deshalb den Sicherheitsausschuss des Bundesrates (Chefs VBS, EJPD und EDA) auffordert, die interdepartementale Koordination zu stärken. **«Sicherheit durch Kooperation» gilt auch im Bereich des Nachrichtendienstes, und zwar international wie national.** Dass der Nachrichtendienst unabhängig von seiner Unterstellung zu den elektronischen Einrichtungen des Generalstabes Zugang haben muss, versteht sich wohl von selbst.

Der SND verfügt über Miliz-Armee-stabsteile, welche die Kommission Brunner aufzuheben empfiehlt. Ob Berufspersonal dieses Potential allerdings vollwertig erset-

zen könnte, darf bezweifelt werden, ganz abgesehen von den zusätzlich anfallenden Kosten. Wer diese Milizangehörigen, die aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung Spezialwissen mitbringen, als «Hobby-Spione» bezeichnet, disqualifiziert sich selbst. Für eine allfällige Aufwuchsfähigkeit des SND eignen sie sich allerdings, ihrer beschränkten Verfügbarkeit wegen, weniger. Ziel der Reform des Nachrichtendienstes muss seine Schlagkraft sein, dies wird der Bundesrat bei seinen Entscheiden berücksichtigen müssen.

Je besser die demokratische Kontrolle funktioniert, desto grösser ist die Akzeptanz des Nachrichtendienstes bei der Bevölkerung. Hier ist das Parlament gefordert. Vorschläge liegen auf dem Tisch.

Der AND – teilweise eine Domäne der Miliz

Der Vorschlag, den Armeenachrichtendienst (AND) aufzuwerten, auf dass er die Bedürfnisse von Heer und Luftwaffe besser abdeckt, ist zu begrüßen. Ein breiter abgestützter SND kommt auch den Bedürfnissen des AND entgegen, der auch Ernstfalleinsätze bewältigen muss und für die Ausbildung der Nachrichtenoffiziere verantwortlich zeichnet. Der professionelle Kern des AND reicht allerdings heute schon nicht zum Verkraften des ganz alltäglichen Ernstfalles, der Auslandseinsätze (z.B. Swisscoy) einschliesst. Er bedarf spürbarer Förderung.

Hptm Irène Thomann

Milizarmee und Berufsausbilder – sofort handeln!

Es ist unbestritten: die Ausbildung in der Armee muss verbessert werden, ganz unabhängig davon, ob unsere Armee mit einer arabischen oder römischen Zahl bezeichnet wird. Dazu sind genügend qualifizierte Berufsausbilder und in wenigen Jahren zusätzlich über 1000 Zeitausbilder übertragbare Voraussetzung. Kurz, um den Übergang von der Armee 95 in die Armee XXI sicherzustellen, braucht es weitere Instruktoressen.

Handeln ist gefragt. Aber es darf sich nicht auf Planungen, Studien und die Einsetzung weiterer Kommissionen beschränken, nein, jetzt und heute geht es um Werbung, Rekrutierung und Ausbildung.

Gleichzeitig müssen die Rahmenbedingungen für die Berufsunteroffiziere und Berufsoffiziere rasch und nachhaltig verbessert werden. Ihr Aufgabenbereich umfasst heute die Sicherstellung der Ausbildung, das Tragen der Hauptlast an der Planung der sich ablösenden Armee-reformen, Auslandseinsätze, Weiterbildung. Gleichzeitig wächst die Ungewissheit ständig, wohin die Reise gehen soll, – und es locken Angebote aus Wirtschaft und Verwaltung. Ein solches Klima ist

nicht geeignet, die Berufskader bei der Stange zu halten. Schliesslich leisten Instruktoressen auch staatspolitische Beiträge, wenn sie sich als Präsidenten und Mitglieder der Offiziersgesellschaften in Abstimmungskämpfen engagieren.

Wir bitten Bundesrat und Parlament ganz dringend, die nötigen Mittel zu sprechen, die sicherstellen, dass:

- die vorhandenen Instruktoressen durchhalten;
- zusätzliche, geeignete Instruktoressen rekrutiert und ausgebildet werden können;
- alle Massnahmen zur Anstellung und Ausbildung der notwendigen Zeitskader jetzt eingeleitet werden.

Die Sicherheitspolitik braucht zweifellos eine Neuausrichtung, aber sie ist nun auch angewiesen auf Dampf, um in Bewegung zu kommen, und auf Menschen, die sie mit Leben erfüllen.

Oberst i GSt Siegfried Albertin
ab 1.4.2000 wieder 1. Vizepräsident der SOG